



# **CVP-Aktionsplan zum starken Franken**

**Freitag, 20. Februar 2015, 16.45 Uhr**

**Auskünfte:**

**Filippo Lombardi**, Fraktionspräsident und Ständerat (TI), Mobil: 079 620 64 65

**Pirmin Bischof**, Ständerat (SO), Mobil: 079 656 54 20

**Florian Robyr**, Fraktionssekretär, Tel.: 058 322 93 42

**Béatrice Wertli**, Generalsekretärin CVP Schweiz, Mobil: 079 873 88 08



Durch die Frankenstärke und die Unsicherheiten aufgrund der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist die Schweizer Wirtschaft enorm gefordert. Die Exportwirtschaft und der Tourismus leiden unter der Aufhebung der Untergrenze und der damit verbundenen Unsicherheit.

Nun muss Bundesrat Schneider-Ammann handeln und griffige Massnahmen zugunsten des gesamten Werkplatzes Schweiz aufzeigen. Aussagen zu Lohnkürzungen sind kontraproduktiv, da sie Konsum und Investitionen hemmen. Der Bundesrat muss Vertrauen und Rechtssicherheit fördern und nicht noch zusätzlich Rezessionsängste schüren. Eine solche Angststimmung schadet der Schweiz.

Der starke Franken schafft aber auch Gewinner, wie beispielsweise Importeure und Konsumenten. Die Schweiz ist ausserdem äusserst anpassungsfähig, sie kann Herausforderungen meistern. Industrie und Tourismus haben nötige Umstrukturierungen selber vorzunehmen. Politische **Schlüsselworte heissen aber Bildung, Forschung und Innovation, Sozialpartnerschaft, liberaler Arbeitsmarkt, Sicherung der Bilateralen, schlanker Staat, etc.**

Für die CVP stehen nun der **Erhalt von Arbeitsplätzen** und die gleichzeitige **Stärkung der Schweizer Wirtschaft** an oberster Stelle.

## 1. Unabhängige SNB als Haupthebel

- **SNB ist unabhängig – soll aber sorgfältig agieren:** Die Schweizer Nationalbank (SNB) ist unabhängig. Dies muss auch in schwierigen Zeiten unbedingt gewahrt werden. Der Haupthebel für den Frankenkurs befindet sich aber ebenfalls bei der SNB, die sich primär um den Franken kümmern muss. Zu glauben, dass sie den Euro- oder Dollarkurs im Alleingang beeinflussen kann ist illusorisch. Geldmarktpolitische Entscheide wie die Einführung oder Aufhebung von Mindestkursen bzw. von Negativzinsen obliegen alleine der SNB. Umso mehr muss sie die Auswirkungen ihrer Entscheide auf Wirtschaft und Arbeitsplätze sorgfältig und verantwortungsvoll prüfen.
- **Negativzinsen:** Nicht nur die Bankenfreibeträge, sondern auch die Gelder der Sozialwerke der Schweiz (AHV-Ausgleichsfonds, SUVA etc.), der institutionellen Anleger (zweite Säule) und der Schweizer Kleinanleger müssen **von Negativzinsen** befreit werden. Diese Gelder sind zwangenserspartes Volksvermögen, das nicht durch auslandgesteuerte Währungsschwankungen aufs Spiel gesetzt werden darf.
- **Investitionsmöglichkeiten für Anleger:** Die überwiesene [Motion Konrad Graber](#) „Langfristanlagen von Pensionskassen in zukunftssträchtige Technologien und Schaffung eines Zukunftsfonds Schweiz“ muss so schnell wie möglich umgesetzt werden. Pensionskassen, vor allem kleinere, sollen nicht nur in langfristige, zukunftsgerichtete Anlagen und Infrastrukturen investieren können, sondern deren Betreuung auch einem privatwirtschaftlich organisierten und hochspezialisierten **"Zukunftsfonds Schweiz"** anvertrauen können. Der starke Franken bietet hier neue Möglichkeiten für Investitionen.



## 2. Bürgerliche Allianz für die Bilateralen

- Die CVP ist bereit, bei einem bürgerlichen Schulterschluss zugunsten administrativer **Entlastungen und Deregulierung** mitzumachen. Wir erwarten im Gegenzug von rechter Seite ein klares Bekenntnis zu den bilateralen Verträgen mit der EU. Die Unsicherheit zur Personenfreizügigkeit und den daran gekoppelten Bilateralen I müssen beseitigt werden.

## 3. Heimische Wirtschaft nicht zusätzlich belasten

- **Abbau der Bewilligungsbürokratie:** Die Bau-, Umwelt- und Bewilligungsbürokratie muss gründlich überprüft werden. Der neueste Bürokratiemonitor zeigt klar auf, was kleine und mittlere Unternehmen am meisten belastet: Der kantonale Wirrwarr von Begriffen, die Unzahl von Beschwerdearten und deren überlange Dauer, die zu einem grossen Teil der Kosten jedes neuen Projekts geworden sind. Bund und Kantone müssen sich endlich zusammenraufen und den Beschwerde- und Formularwald lichten.
- **Flexiblere Abschreibungs- und Reservepraxis:** Die CVP fordert eine flexiblere Abschreibungs- und Reservepraxis der Steuerverwaltungen. Die Aufhebung des Mindestkurses unmittelbar nach dem Bilanzstichtag führte über Nacht bei vielen KMU zu viel zu tiefen zulässigen Abschreibungen und damit zu überhöhten Steuern. Wegen der abrupten Aufgabe des Mindestkurses sind Währungsschwankungsreserven auf Euro und erleichterte Abschreibungen wieder zuzulassen. Ständerat Pirmin Bischof wird in der kommenden Session einen entsprechenden Vorstoss einreichen.
- **Schwerverkehrsabgabe:** Die CVP fordert, dass die Höhe der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA über das Jahr 2015 hinaus nicht verändert wird. Auch der reduzierte Euro-6-Tarif (für abgasarme LKW der Euro-Norm 6) soll um mindestens ein Jahr verlängert werden. Damit wird die heimische Wirtschaft, vor allem das Transportgewerbe, vorläufig nicht zusätzlich belastet.

## 4. Kaufkraft stärken, Konsum fördern

- **Familien entlasten:** Die Kaufkraft des Mittelstandes muss gestärkt und dadurch der inländische Konsum gefördert werden. Das kurbelt die Wirtschaft an. Die Steuerbefreiung der Kinder- und Familienzulagen ist die beste und schnellste Massnahme dafür. Deshalb **Ja zur CVP-Familieninitiative** am 8. März 2015!
- **Konsumenten müssen profitieren:** Im Gegensatz zur Exportindustrie profitiert der Import vom starken Franken. Die Hochpreisinsel Schweiz ist noch teurer geworden. Der Währungsgewinn, der nun bei den Importeuren in der Schweiz anfällt, muss **an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben** werden – auch kurzfristig durch Aktionen und Rabatte. Pendelt sich der Euro-Kurs auf einem gewissen Niveau



ein, müssen die Preise auch langfristig angepasst werden. Allenfalls muss die Preisbekanntgabeverordnung angepasst werden.

## 5. Heimische Wirtschaft unterstützen

- **Inländervorrang im Beschaffungswesen:** Die CVP fordert, dass die öffentliche Hand inländische Anbieter bei Ausschreibungen nicht mehr benachteiligt. Die öffentliche Hand sollte einerseits bei ihrer Auftragsvergabe berücksichtigen, ob ein Unternehmen Lehrstellen anbietet. Andererseits soll der Bundesrat eine inländische Wertschöpfungsquote prüfen, wie sie andere Nationen anwenden. Dadurch werden Anbieter im Rahmen der vertraglichen Verpflichtungen der Schweiz verpflichtet, einen bestimmten Wertanteil eines Bauprojekts oder Verkehrsmittels in der Schweiz zu produzieren, um es Bund, Kantonen, Gemeinden oder einer öffentlichen Unternehmung verkaufen zu können.
- **Ladenöffnungszeiten:** Ein Mittel gegen den schädlichen Einkaufstourismus ist die Änderung des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten (rasche Umsetzung der überwiesenen Motion Lombardi). Damit können die Geschäfte u.a. in den Grenzregionen länger geöffnet haben. Von dieser Regelung ist der Sonntag nicht betroffen.
- **Sondersatz für Tourismus:** Der Schweizer Tourismus braucht mehr Rechts- und Planungssicherheit! Die CVP fordert, dass der Sondersatz für Beherbergungen von 3,8 Prozent im Dauerrecht verankert wird.
- **Innovative Tourismusprojekte fördern:** Bereits 2010 wurde dank der Motion Darbellay im Rahmen der zweiten Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen eine Erhöhung der Mittel zur Bekämpfung des absehbaren Nachfrageeinbruchs im Schweizer Tourismus gutgeheissen. Mit der Frankenstärke muss dieser wirkungsvolle Schritt erneut vollzogen werden.

## 6. Kurzarbeit effizient nutzen

- Die CVP befürwortet die vorübergehende Möglichkeit, auf Kurzarbeit zurückzugreifen. Für die betroffenen Arbeitnehmenden soll Kurzarbeit eine Chance sein. Die CVP fordert, dass der Besuch von **Weiterbildungskursen während der Kurzarbeitszeit** zusätzlich von den Steuern abgezogen werden dürfen.

## Die CVP wehrt sich aber ganz klar gegen gewisse Forderungen:

- Die Frankenstärke wird von anderen Parteien missbraucht, um alte parteipolitische Forderungen aufzuwärmen. Ein MWST-Einheitssatz, dessen blosse Einführung schon Millionen kosten würde, oder ein starrer Kündigungsschutz, der unseren liberalen Arbeitsmarkt schädigt – für die CVP stehen diese Forderungen nicht zur Diskussion, denn sie schaden mehr als sie helfen.



- Steuererleichterungen oder Subventionspakete für gewisse Branchen sind nur punktuelle Massnahmen, die schnell wieder verblassen und den Betroffenen längerfristig nicht helfen. Vielmehr muss sich die Schweizer Wirtschaft erneut neu ausrichten. Innovationen und Produktivitätssteigerungen sind stets andauernde Herausforderungen, denen sich unsere Unternehmen im globalen Kampf seit jeher stellen müssen.

